

Antrag A19

Antragssteller*in: LAG Palästinasolidarität

Der Landesparteitag möge beschließen:

1 **BDS und PACBI entkriminalisieren - zivilgesellschaftliche Initiativen gegen**
2 **Apartheid und Besatzung stärken**

3 Die Linke Berlin erkennt an, dass die Palästinenser:innen Besatzung, Apartheid und Genozid
4 erleiden.

5 Hieraus speist sich auch ihr moralisches, politisches und juristisches Recht, zivilgesellschaft-
6 liche Proteste zu organisieren, die internationalen Druck auf den israelischen Staat erzeu-
7 gen, um Apartheid, Besatzung und Genozid zu beenden.

8 Insbesondere in jenen Ländern, deren Regierungen und Staaten die Verbrechen an den Pa-
9 lästinenser:innen billigen, unterstützen und fördern, ergibt sich eine Verpflichtung für linke
10 Parteien, Gewerkschaften und soziale Bewegungen, diese Proteste ideell und materiell zu
11 unterstützen.

12 Die größten zivilgesellschaftlichen Kampagnen der Palästinenser:innen sind die 2004 ge-
13 gründete „Palästinensische Kampagne für den akademischen und kulturellen Boykott (PAC-
14 BI)“ und die 2005 gegründete Kampagne „Boycott. Desinvestitionen. Sanktionen.“ Beide
15 Kampagnen fordern ein Ende der Besatzung, die Anerkennung des Unrechts und der Ver-
16 treibung durch die Nakba, das Rückkehrrecht vertriebener Flüchtlinge, sowie die Anerken-
17 nung gleicher Rechte und ein Ende rassistischer und diskriminierender Gesetze.

18 Zur Erreichung dieses Ziels und angelehnt an die Boykott Bewegung gegen Apartheid Süd-
19 afrika verpflichtet der PACBI Aufruf zur Beendigung institutioneller Kooperationen mit israe-
20 lischen akademischen und kulturellen Einrichtungen. Die BDS-Kampagne ruft allgemein ge-
21 gesellschaftliche Akteur:innen zum Boykott, zu Desinvestitionen und zu Sanktionen gegenüber
22 dem israelischen Staat, israelischen Institutionen und wirtschaftlichen Akteur:innen, als auch
23 jenen nicht-israelischen Institutionen und Unternehmen auf, die Besatzung und Apartheid
24 fördern.

25 Sowohl PACBI als auch BDS werden international von progressiven Gewerkschaften, linken
26 Parteien und sozialen Bewegungen unterstützt. Sie werden von Parteien wie den Democratic
27 Socialists of America bis zum African National Congress sowie von Gewerkschaften wie dem
28 All India Kissan Sabha mit 16 Millionen Mitgliedern, der CUT in Brasilien mit 20 Millionen Mit-
29 gliedern oder dem Trade Union Congress im Vereinigten Königreich mit 7 Millionen Mitglie-
30 dern unterstützt.

31 Diese Kampagnen dienen einerseits dazu, ein breiteres Bewusstsein über Apartheid, Besat-
32 zung und Genozid als auch die Verstrickung von Unternehmen und staatlicher Akteur:innen
33 in diese Verbrechen in der internationalen Linken und Arbeiter:innenbewegung zu entwi-
34 ckeln. Sie kreieren ebenfalls realen materiellen Druck auf den israelischen Staat. Daher fi-
35 nanzieren verschiedene israelische Ministerien mittlerweile Geldbeträge im dreistelligen Mil-
36 lionen Dollar Bereich, um Gegenkampagnen zu entwickeln, um PACBI und BDS zu diffamie-
37 ren und zu kriminalisieren. Dies ist insbesondere in den USA und in Deutschland der Fall.

38 Hieraus folgernd beschließt die LINKE Berlin,

- 39 1. es der internationalen Linken gleichzutun und sich fortan gegen die Diffamierung und Kri-
40 minalisierung von PACBI und BDS einzusetzen.
- 41 2. ihren Gliederungen freizustellen, PACBI und BDS Kampagnen zu unterstützen oder zu
42 initiieren, und insbesondere in den Gewerkschaften für PACBI und BDS zu argumentieren.
- 43 3. sich für die Suspendierung jeglicher Kooperationen zwischen der Stadt Berlin, ihren Be-
44 zirken und öffentlichen Einrichtungen gegenüber jenen israelischen Institutionen einzuset-
45 zen, die Apartheid und Besatzung ideell und/ oder materiell fördern oder billigen.
- 46 4. sich dafür einzusetzen, dass jene Unternehmen, die die israelische Apartheid oder Besat-
47 zung in ähnlicher Weise fördern und solange sie dies tun, künftig keine Aufträge der Stadt
48 Berlin, der Bezirke oder anderer öffentliche Einrichtungen erhalten können.
- 49 5. sich für diese Position analog in der Bundespartei einzusetzen.

50 Begründung:

51 Im 08. Oktober 2025 beschloss das spanische Parlament auf Initiative der Mitte-Links Regie-
52 rung Spaniens ein Gesetz, welches den Handel mit Rüstungsgütern und Technologien zw-
53 ischen Spanien und Israel verbot. Diese Praxis wurde bereits seit Oktober 2023 mit dem be-
54 ginnenden Genozid in Gaza weitläufig durchgesetzt. Wie konnte es zu der Umsetzung dieser
55 zentralen anti-militaristischen und linken Forderung in einem der größten EU Länder kom-
56 men?

57 Im Juni 2017 beschloss das spanische Parlament einstimmig und auf Antrag von Podemos,
58 der spanischen Schwesterpartei der LINKEN, die Kampagne „Boycott Desinvestitionen
59 Sanktionen“ (BDS) und die Werbung für diese durch die Meinungsfreiheit zu schützen. Der
60 angenommene Antrag forderte die Regierung auf, dass „Recht von Menschenrechtsakti-
61 vist:innen aus Palästina, Israel und anderen Ländern anzuerkennen und zu verteidigen, sich
62 in legalen und friedlichen Aktivitäten zu engagieren, die durch das Recht der Meinungsfrei-
63 heit und der Versammlungsfreiheit gedeckt sind, wie beispielsweise das Recht Boykott-,
64 Desinvestitions- und Sanktionskampagnen (BDS) zu führen.“

65 Zwischen den Parlamentsabstimmungen 2017 und 2023 gibt es eine klare Verbindung. Die
66 Unterstützung von Podemos für das Recht auf freie Meinungsäußerung, und die tatsächliche
67 Unterstützung der BDS Kampagnen durch Podemos sowie andere linke, gewerkschaftliche
68 und zivilgesellschaftliche Akteur:innen in Spanien, erzeugte bereits vor dem Jahr 2023 ein
69 gesteigertes Bewusstsein für Apartheid und Besatzung gegenüber den Palästinenser:innen.
70 Spanische Staatsbürger:innen waren durch derartige Kampagnen aufgeklärter über die Men-
71 schenrechts- und Kriegsverbrechen des israelischen Staates, die durch UN Organe und
72 NGOs ausführlich dokumentiert sind, und die Verstrickung spanischer Unternehmen und
73 staatlicher Akteure in die Duldung dieser Verbrechen. So wurde ein politisches Klima ge-
74 schaffen, in dem die Beihilfe am Genozid in Gaza durch den spanischen Staat weitestge-
75 hend eingegrenzt werden konnte.

76 Auch in anderen Ländern, in denen linke und gewerkschaftliche Akteur:innen eine positive
77 Position zu BDS einnehmen, war der Protest gegen Apartheid, Besatzung und Genozid nicht
78 nur lauter als in Deutschland. Er führte auch ohne Regierungs- oder Parlamentsbeschlüsse
79 zu erfolgreichen anti-militaristischen Aktionen von Gewerkschafter:innen in italienischen und
80 griechischen Häfen oder durch zivilgesellschaftliche Akteur:innen wie Palestine Action gegen
81 Rüstungskonzerne im Vereinigten Königreich.

82 Die LINKE hat mit ihrer bisherigen Position zu BDS großen zivilgesellschaftlichen Schaden in
83 der deutschen Linken und der breiteren Gesellschaft angerichtet. Auch unser Antrag zu BDS
84 im Bundestag 2019 befeuerte die Kriminalisierung zivilgesellschaftlicher Akteur:innen. Hier-
85 durch trugen wir bereits vor 2023 zu dem Klima des Schweigens und der Angst bei, welches
86 sich ab Oktober 2023 zu einer kaum gekannten staatlichen Repressionswelle insbesondere
87 gegenüber migrantisierten Menschen in Deutschland auswuchs. Hierfür entschuldigte sich
88 unsere Bundespartei-vorsitzende Ines Schwerdtner am 27.09. in Berlin bei Zusammen für
89 Gaza zu Recht. Sie sagte „Ich habe zu lange geschwiegen. Wir haben als Partei zu lange
90 geschwiegen. Von jetzt an werden wir euch vor der Kriminalisierung schützen.“ Wenn die
91 Worte unserer Parteivorsitzenden wirklich gelten, dann müssen sie auch für BDS gelten.
92 Wollen wir als LINKE unsere Glaubwürdigkeit zurückgewinnen und unserer Aufgabe als so-
93 zialistischer Partei gerecht werden, müssen wir es künftig unseren europäischen Schwester-
94 parteien gleichtun, und BDS nicht nur vor Kriminalisierung schützen, sondern uns aktiv dafür
95 einsetzen.

96 *Militärembargo*

97 Der jüdisch-israelische ehemalige Koordinator für ein Militärembargo des palästinensischen
98 nationalen Komitees für BDS Shir Hever zeigt durch seine mittlerweile Jahrzehnte lange For-
99 schung auf, dass der militärisch-industrielle Komplex in Israel nicht der „Verteidigung“ son-
100 dern der Ausdehnung der Besatzung und der Absicherung der Apartheid einerseits und geo-
101 strategischen Interessen von mit Israel Verbündeten Staaten wie der BRD dient. In einem
102 Beitrag von August 2025 erklärte er, wie diese Militär-Politik der Beherrschung sich nun in
103 eine Politik der Auslöschung gewandelt hat:

104 <https://www.phenomenalworld.org/analysis/israel-military/>

105 Der jüdische Australier Antony Loewenstein zeigte in seinem 2023 erschienen Buch auf, wie
106 der israelische militärisch-industrielle Komplex auch global Aufrüstung, Krieg und rechte Re-
107 gime und Diktaturen stützt und befeuert, und gleichzeitig mit der Besatzung Palästinas ein
108 Labor für seine Tötungsinstrumente zur Verfügung hat.

109 Antony Loewenstein (2023). *The Palestine Laboratory: How Israel Exports the Technology of*
110 *Occupation around the World*. London: Verso Books.

111 *Akademischer Boykott*

112 In ihrem ausführlichen und kürzlich erschienen Buch zeigt die jüdisch-israelische Anthropol-
113 ogin Maya Wind auf den Arbeiten palästinensischer Akademiker:innen aufbauend auf, wie
114 die israelische Akademie direkt und auf zahlreiche Weise in die Verletzung palästinensischer
115 Rechte involviert ist. Wie dieses Buch zeigt, dienen israelische Universitäten als Säulen des
116 israelischen Unterdrückungssystems gegen Palästinenser:innen. Akademische Disziplinen,
117 Studiengänge, Campus-Infrastruktur und Forschungslabore dienen der israelischen Besat-
118 zung und Apartheid, während Universitäten die Rechte der Palästinenser:innen auf Bildung
119 verletzen, kritische Wissenschaft bedrohen und studentische Dissidenten gewaltsam unter-
120 drücken.

121 Maya Wind (2024). *Towers of Ivory and Steel. How Israeli Universities Deny Palestinian*
122 *Freedom*. London: Verso Books.

123 In diesem Zusammenhang haben ab Ende 2024 zahlreiche Studierendenkollektive in
124 Deutschland aufgezeigt und nachgewiesen, wie deutsche Universitäten durch ihre Koopera-

125 tionen mit israelischen Institutionen die tödlichen Technologien und die sie rechtfertigenden
126 Ideologien produzieren. Dieses Wissen ist auf folgender Seite gebündelt:

127 <https://academiccomplicity.eu/germany/>

128 *Kultureller Boykott*

129 In ihrer ausführlichen Studie des israelischen Kinos zeigt die jüdisch-arabische Kulturwissen-
130 schaftlerin Ella Shohat auf, wie das israelische Kino orientalistische und rassistische Diskur-
131 se bestärkt und so strukturelle Ungleichheit legitimiert. Der israelische Film steht hier bei-
132 spielhaft für andere Kulturbereiche, in denen Besatzung und Apartheid gegenüber Palästi-
133 nenser:innen systematisch verheimlicht oder offen gerechtfertigt werden.

134 Ella Shohat (2010) *Israeli Cinema: East/West and the Politics of Representation*. (University
135 of Texas Press, 1989), 20th Anniversary Edition with a New Postscript Chapter. London: I.B.
136 Tauris.

137

138 *Richtlinien*

139 Sowohl PACBI als auch BDS verfügen über klare Richtlinien für eine ethische Kampagne,
140 die palästinensische Rechte stärkt und einfordert, und dabei sämtliche rassistische Diskrimi-
141 nierung und Grundrechtsverletzungen ablehnt. Die Lektüre dieser Richtlinien zeigt, dass es
142 sich bei BDS und PACBI um anti-rassistische, progressive und internationalistische Kampa-
143 gnen handelt.

144 PACBI Aufruf von 2004:

145 <https://bdsmovement.net/pacbi/pacbi-call>

146 BDS Aufruf von 2005:

147 <https://www.bdsmovement.net/call>

148 Richtlinien der BDS Kampagne gegen Rassismus:

149 [https://bdsmovement.net/news/racism-and-racial-discrimination-are-antithesis-freedom-justi-
150 ce-equality](https://bdsmovement.net/news/racism-and-racial-discrimination-are-antithesis-freedom-justice-equality)

151 Richtlinien für die Affiliation mit BDS:

152 <https://bdsmovement.net/news/statement-affiliation-bds-movement-and-use-bds-acronym>

153 PACBI Richtlinien für akademischen Boykott:

154 <https://bdsmovement.net/pacbi/academic-boycott-guidelines>

155 PACBI Richtlinien für kulturellen Boykott:

156 <https://bdsmovement.net/pacbi/cultural-boycott-guidelines>

157 Form des Boykotts: Institutionell

158 Die heutige BDS Kampagne unterscheidet sich von der damaligen Kampagne gegen Apart-
159 heid Südafrika insofern, dass sie nicht zum individuellen Boykott aufruft, sondern zu einem
160 institutionellen Boykott. Individuen sind nur dort zu boykottieren, wo sie als Repräsentanten
161 israelischer Institutionen auftreten. Beispielsweise wird ein:e israelische Musiker:in nicht boy-

162 kottiert, weil er oder sie die israelische Staatsbürgerschaft besitzt. Im Falle des Eurovision
163 Songcontest ruft BDS zum Boykott auf, da dort die israelischen Musiker:innen den israeli-
164 schen Staat als Institution repräsentieren, die Apartheid und Besatzung durchführt. Gleich-
165 falls wird einem israelischen Studenten ein Austausch an einer deutschen Universität nicht
166 verwehrt, der oder die eigenständig ihren Studienaufenthalt vor Ort organisiert. Jedoch setzt
167 sich der akademische Boykott für eine Aufhebung institutionalisierter Austauschprogramme
168 ein, die in zahlreichen Fällen deutsche Studierende wie an der Hebrew University oder der
169 Ariel University in Studentenunterkünften auf besetztem Land bringen würden.

170 Ausnahmen gegenüber Individuen können in solchen Fällen bestehen, wo diese sich dem
171 gesunden Menschenverstand nach besonders für die Aufrechterhaltung der Besatzung und
172 Apartheid eingesetzt haben oder andere Verbrechen gegen die Palästinenser:innen öffent-
173 lich gebilligt, gefördert oder durchgeführt haben. Dies wäre beispielsweise bei dem rechtsra-
174 dikalen Rapper und Milizionär Yoav Eliasi der Fall, der u.a. im Juli 2014 israelische Friedens-
175 aktivisten angriff, die in Tel Aviv gegen die Operation Protective Edge in Gaza protestierten.